



SOLIDARISCH GEGEN DIE KRISE

Die Corona-Krise hat unser gesellschaftliches Zusammenleben ebenso wie die Wirtschaft weltweit über den Haufen geworfen. Und so kann die Antwort auf die Krise nur international koordiniert und solidarisch sein. Die schwächsten Staaten sind auf unsere Unterstützung angewiesen, ebenso wie diejenigen Gruppen von Menschen, die über wenig oder gar keinen Schutz verfügen – Geflüchtete, Vertriebene, arme, alte und kranke Menschen. Die Corona-Krise zeigt die weltweite Ungleichheit dramatisch. Umso mehr braucht es jetzt die internationale Solidarität der reichen Länder.

Die aktuelle Situation birgt Risiken ebenso wie Chancen. Die Versuchungen des Rechtspopulismus lauern, der Ruf nach Grenzschiessungen und nach Abschottung wird laut. Gleichzeitig wird klar, dass Solidarität der Kitt unseres Zusammenlebens ist. Der Staat schützt uns, was inzwischen auch die hartnäckigsten Liberalen eingesehen haben. Wohin der neoliberale Weg führt, sehen wir in anderen Ländern. Wären die bürgerlichen Forderungen nach noch mehr Liberalisierung, noch mehr Privatisierung und noch mehr Deregulierung umgesetzt worden, hätten die Schweiz und ihre Bevölkerung noch viel stärker mit der Krise zu kämpfen. Wir brauchen einen solide finanzierten Staat, der nicht nur in Krisenzeiten handlungsfähig ist. Bereiche wie Gesundheit oder Soziales dürfen nicht länger dem Streben nach privater Gewinnmaximierung ausgeliefert werden.

Die Krise hat überkommene Hierarchien radikal umgepflügt. Niemand wird noch zu behaupten wagen, Branchen wie Krankenpflege, Reinigung, Sozialarbeit oder Transportwesen seien von untergeordneter Wichtigkeit. Im Gegenteil, die Vertreter_innen dieser Berufe – oft schlecht bezahlt und wenig wertgeschätzt – halten an langen Arbeitstagen die Zukunft von uns allen in den Händen. Es sind die wirtschaftlich schwächsten Gruppen, die am meisten riskieren müssen und wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Krise betroffen sind:

- Lohnabhängige in Branchen wie beispielsweise Logistik und Transport, Gesundheit, Sozialarbeit, Kinderbetreuung, Detailhandel, Sicherheit, Reinigung
- Menschen in unregelmässigen Arbeitsverhältnissen (Stundenlohn, Arbeit auf Abruf usw.)
- Selbständig Erwerbende mit unregelmässigen, kleinen Einkommen

In allen diesen Kategorien sind Frauen überdurchschnittlich vertreten. Gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich wird systemrelevante Arbeit vor allem von Frauen geleistet. Dies steht in krassem Widerspruch zu den Löhnen und den Arbeitsbedingungen in diesen Berufen, die von der neoliberalen Abbaupolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte überdurchschnittlich getroffen wurden. Auch die Schliessung nicht lebensnotwendiger Betriebe betrifft vielfach Frauen: in Gastronomie und Hotellerie, im Non-Food-Bereich des Detailhandels, in Coiffeursalons oder auch im Sexgewerbe. Der Wert der bezahlten ebenso wie der unbezahlten Arbeit von Frauen ist endlich zu würdigen. Die SP fordert, dass die Löhne in den systemrelevanten Berufen – darunter vielen „Frauenberufen“ – erhöht werden. Und nicht zuletzt sollen bei der Bewältigung der Krise alle Geschlechter gleich viel zu sagen haben.

Die SP steht für gemeinschaftliches Handeln und Solidarität, für die Stärkung des Service Public, für Demokratie, Informationsfreiheit und Rechtsstaat. Wir wollen zusammen leben und nicht gegeneinander. Wir stellen uns gegen schrankenlosen Egoismus und Profitmaximierung. Unser Antrieb sind die Bedürfnisse und Anliegen der Vielen, denn wir sind gewiss – wie es in unserer Bundesverfassung heisst – **dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen**. Niemand soll zurückgelassen werden.



Die SP fordert deshalb konkrete Massnahmen in verschiedenen Bereichen. Dabei hat die Gesundheit der Bevölkerung jederzeit im Vordergrund zu stehen. Die SP vertraut den Vorschriften den Behörden und ist sich gleichzeitig bewusst, was der „Lockdown“ für soziale, psychische, kulturelle und wirtschaftliche Folgen hat. Unser Ziel ist es, Leben zu retten, Arbeitsplätze zu schützen und eine bessere Zukunft zu gestalten.

Arbeitnehmer_innen schützen, Kaufkraft erhalten

Die Massnahmen zum Schutz der Gesundheit müssen an den Arbeitsplätzen eingehalten werden können. Wer zu einer Risikogruppe gehört oder Angehörige, die zu Risikogruppen gehören, schützen muss, bleibt zuhause und enthält den Lohn aus den Mitteln der Erwerbsausfallentschädigung (EO).

Die Kaufkraft stützt die Wirtschaft. Die Löhne müssen weiterbezahlt werden. Wer weniger als den Medianlohn verdient (6'500 Franken brutto auf 100%), soll bei Kurzarbeit nicht 80%, sondern 100% des Lohnes ersetzt erhalten. Wo keine Kurzarbeit möglich ist, muss die Erwerbsausfallentschädigung (EO) zum Zug kommen.

Die Krankenkassenprämien sind eine grosse Last für viele Haushalte im Land. Die SP verlangt, dass die Krankenkassenprämien 2021 auf dem Stand von 2020 eingefroren werden. Ebenfalls fordert die SP den Bundesrat dazu auf, die Forderung der SP-Volksinitiative sofort umzusetzen: Kein Haushalt soll mehr als 10% des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden.

Die Sozialversicherungen sind durch die Krise stark belastet. Die SP fordert deshalb endlich die Einführungen einer allgemeinen Erwerbsausfallversicherung. Nur so können wir garantieren, dass künftig niemand mehr durch die Maschen des sozialen Netzes fällt.

Arbeitsplätze sichern, lokale Wirtschaft stärken

Die Erwerbsausfallentschädigung (EO) muss Einkommensausfälle auch von selbständig Erwerbenden ausgleichen. Ebenso wichtig sind zinslose Darlehen. Sie vermeiden Konkurse und sichern Arbeitsplätze. Die SP fordert, dass solche Darlehen nach der Krise auf Antrag in à-fonds-perdu-Beiträge umgewandelt werden können. Andernfalls ist eine breite Verschuldung zu befürchten, die den Aufschwung der Wirtschaft bremsen wird.

Eine grosse Belastung für viele Betriebe sind die Mieten. Die SP verlangt vom Bundesrat konkrete Vorschriften, die Gewerbetreibende für die Dauer der bundesrätlichen Einschränkungen von der Pflicht zur Zahlung der Miete befreit. Auch die Immobilienbesitzer_innen müssen ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.

Tourismus, Kultur und Freizeit gehören zu den besonders betroffenen Branchen. Insbesondere der Tourismus wird noch länger massiven Einschränkungen unterliegen. Es braucht zinslose Darlehen für den nachhaltigen Tourismus, Investitionshilfen und gerade bei kleineren Betrieben auch à-fonds-perdu-Beiträge. Die SP fordert, dass alle Bewohner_innen der Schweiz einen Gutschein im Wert von 200 Franken erhalten, der im Inland eingesetzt werden kann, für Ferien, Gastronomie und Ernährung, für Freizeit und Kultur.



Mit Investitionen die Wirtschaft beleben

Die Corona-Krise hat mit Wucht gezeigt, wie wichtig der sogenannte Care-Sektor ist. Gesundheitswesen, Sozialwesen, Bildung und Betreuung sind lebenswichtige Tätigkeiten für uns alle. Die SP fordert, dass der Service public in diesen Bereichen massiv ausgebaut wird. Auf weitere Privatisierungs- und Liberalisierungs-Experimente ist zu verzichten. Das Recht auf Kinderbetreuung ist ebenso wie das Recht auf Schulbesuch in der Bundesverfassung zu verankern.

Die SP fordert alle Arbeitgeber innen im Care-Bereich dazu auf, die besonderen Anstrengungen ihrer Angestellten während der Corona-Krise zu honorieren, mit Geld oder zusätzlichen Ferien. Zusätzlich zu solchen einmaligen Gratifikationen braucht es aber endlich bessere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie flächendeckende Gesamtarbeitsverträge (GAV). Applaus allein reicht nicht, deshalb wird die SP diese Forderungen konsequent weiterverfolgen.

Beim Wiederaufbau nach der Krise stehen der ökologische Umbau und die Demokratisierung der Wirtschaft im Zentrum. Die SP fordert massive Investitionen in klimafreundliche Mobilität, in Gebäudesanierungen und in die Förderung erneuerbarer Energien. Diese Investitionen sind dringend nötig, um die CO₂-Ziele des Abkommens von Paris zu erreichen. Sie schaffen zahlreiche Arbeitsplätze in allen Landesteilen. Solche Investitionsprogramme sind europaweit abzustimmen.

Die Corona-Krise ist auch eine Zeit der forcierten Digitalisierung zusätzlicher Wirtschaftsbereiche. Es braucht deshalb Investitionen in Aus- und Weiterbildung, die neben den Schulungskosten auch die Kosten der Lebenshaltung decken. Nur so können wir zusätzliche Arbeitslosigkeit nach der Krise verhindern. Gezeigt haben sich auch die Schwächen der digitalen Infrastruktur. Die SP fordert leistungsfähige Internetverbindungen auch in den Randregionen. Gleichzeitig ist die digitale Kommunikation nicht in allen Bereichen das Mass der Dinge. Gerade im Schulbereich bedroht der Unterricht zuhause über kurz oder lang die Chancengleichheit, denn die Bedingungen sind nicht für alle gleich.

Krisenbekämpfung solidarisch finanzieren

Für die SP ist klar: Wer als Firma in der Krise staatliche Unterstützung erhält, darf weder Boni noch Dividenden auszahlen, solange die Darlehen nicht zurückbezahlt sind.

Die SP toleriert nicht, dass Menschen mit wenig Geld und der breite Mittelstand die Kosten der Krise tragen müssen. Auch interkantonal sind die Lasten auszugleichen. Die Eidgenossenschaft steht finanziell auf grundsoliden Füßen, die Nationalbank schreibt jedes Jahr neue Rekordgewinne. Wir können heute froh sein können, dass die SP die schlimmsten Steuersenkungs-Exzesse verhindert hat. Sonst hätten wir das Geld nicht, das wir dringend brauchen. Die SP fordert, dass alle nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der Krisenbekämpfung beitragen. Dazu schlagen wir vor, den Satz der direkten Bundessteuer für steuerbare Einkommen ab 300'000 Franken um 10 Prozentpunkte zu erhöhen. Unternehmen haben eine Solidaritätsabgabe von zusätzlich 5% zu leisten. Dividenden sind vollständig zu besteuern, und auf Erbschaften über 10 Millionen Franken ist eine Erbschaftssteuer zu erheben. Eine Einmalzahlung aus den Erträgen der Nationalbank soll die Sozialversicherungen entlasten, und auf Vermögen über 500 Milliarden Millionen Franken wird eine Solidaritätssteuer erhoben. Auch global braucht es endlich eine faire Steuerpolitik. Denn wenn die Staaten heute nicht zusätzliche Einkommensquellen erschliessen, werden massive Sparprogramme zulasten der breiten Bevölkerung nötig sein, um die Kosten der Krise zu tragen.